

Unfrohe Botschaften kurz vor Weihnachten

Ausgerechnet jetzt haben die Bistümer Trier und Köln wieder mit Negativ-Schlagzeilen über das Dauertema Missbrauch durch Priester zu kämpfen.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Das Thema Missbrauch lässt die katholische Kirche nicht in Ruhe. Ausgerechnet kurz vor Weihnachten kommt es für die Verantwortlichen in den Bistümern Trier und Köln jetzt noch einmal knüppeldick. Diese Woche kam ans Licht, dass der (derzeit eine Auszeit nehmende) Kölner Kardinal Rainer Woelki für Missbrauchsgutachten, Rechtsberatung und Krisen-PR satte 2,8 Millionen Euro auf den Tisch gelegt hat. Das ist fast doppelt so viel Geld, wie das Erzbistum an die Missbrauchsoffer gezahlt hat.

Das ist schon mehr als schlechter Stil, aber möglicherweise auch rechtlich nicht in Ordnung. Der Kölner Weihbischof Rolf Steinhäuser lässt das Ausgabengebahren Woelkis und seines Generalvikars jetzt überprüfen, der Vatikan ist informiert.

In Rom dürfte man über die neueste unfrohe Botschaft aus Köln genauso wenig amüsiert sein wie über die aktuelle Berichterstattung des Nachrichtenmagazins „Spiegel“. Mit einer elfseitigen Titelgeschichte widmet sich das Hamburger Magazin dem jahrzehntelangen Missbrauch von Kindern, Jugendlichen und Frauen im Bistum Trier durch katholische Priester. Zwar ist ein Großteil der aufgelisteten Fälle schon seit längerem bekannt. Doch dank der intensiven, monatelangen

Über dem Bistum Trier ziehen nicht zum ersten Mal dunkle Wolken auf. Die Missbrauchsoffer hoffen, dass endlich Licht in die zahlreichen Fälle kommt.

SYMBOLFOTO: ARCHIV



Recherche des vierköpfigen Autorentams gibt es auch neue Details zu teils schon veröffentlichten Fällen.

Etwa im Fall Timo R. Der heute 38-Jährige ist 15 Jahre alt, als er in einer saarländischen Pfarrei von einem Pfarrer mehrfach missbraucht wird. Knapp zehn Jahre später meldet er den Missbrauch der Polizei. Die ermittelt zwar, doch das Verfahren wird schließlich wegen Verjährung eingestellt. Auch das Bistum

ist laut dem „Spiegel“-Bericht informiert, soll von einem der Ermittler später sogar noch einmal darauf hingewiesen worden sein, dass der Priester weiter Jugendmannschaften betreue. Passiert sei aber nichts. Dafür sei der Priester im Jahr darauf erneut mit einem Messdiener in Urlaub gefahren – und habe ihm im Schlafzimmer in die Hose gegriffen.

Erst viele Jahre später, 2015, wurde der Trierer Bistumpriester beurlaubt, ein kirchenrechtliches Verfah-

ren gegen den Mann eingeleitet.

Nur ein Fall unter vielen Missbrauchsfällen. Wie viele es in den zurückliegenden Jahrzehnten allein im Bistum Trier gegeben hat, kann niemand genau sagen. Nach den offiziellen Zahlen haben sich in den vergangenen elf Jahren insgesamt 208 Betroffene beim Bistum Trier gemeldet. Beschuldigt wurden danach 73 verstorbene und 36 noch lebende Kleriker.

Timo R. ist eines der Miss-

brauchsoffer, die mit Pseudonym Karin Weißenfels heiße Frau ein anderes. Die Mitarbeiterin des Bistums war einst von einem vorgesetzten Pfarrer missbraucht und später zur Abtreibung gezwungen worden.

Auch ein Beichtpriester habe ihr dazu geraten und ihr sogar im Vorhinein die Absolution erteilt. Ein Vorwurf ist, dass die Bistumsverantwortlichen zunächst nichts unternommen hätten, als sie von dem Missbrauch und der Abtreibung

erfahren. Wer von den Trierer Bischöfen, Generalvikaren und Personalverantwortlichen in der Vergangenheit welche Fehler gemacht hat, das versucht seit einiger Zeit eine unabhängige Kommission zur Missbrauchsaufarbeitung im Bistum herauszufinden.

Bischof Stephan Ackermann hat das siebenköpfige Team um den ehemaligen rheinland-pfälzischen Justizminister Professor Gerhard Robbers darum gebeten, unter anderem auch den Fall Karin Weißenfels besonders in den Blick zu nehmen.

Karin Weißenfels' Anwalt sagte dem „Spiegel“, dass die Bischöfe Reinhard Marx und Stephan Ackermann massiv gegen ihre Fürsorgepflicht verstoßen hätten. Sie hätten die missbrauchte Mitarbeiterin wie eine Aussätzige behandelt. Ein Vorwurf, den das Bistum zurückweist.

Doch auch bei der Opferorganisation Missbit ist das Vertrauen in die Trierer Aufarbeitungskommission gering. „Insgesamt erscheint uns der Berg an Arbeit mit all den damit verbundenen Fragestellungen eine nicht zu bewältigende Aufgabe für diese Kommission zu sein“, resümierte unlängst Missbit-Vorsitzender Thomas Schnitzler nach einem Gespräch mit den Kommissionsmitgliedern.

Missbit fordert schon seit längerem, dass es auch im Bistum Trier endlich eine unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas geben müsse. „Der Versuch von Stephan Ackermann, möglichst unbeschadet durchzukommen, ist endgültig gescheitert“, heißt es in einer am Freitag veröffentlichten Stellungnahme der Trierer Opfervereinigung.

Ausgetanzt

Wut und Unverständnis über erneute Schließung von Bars und Clubs. Was hinter der überraschenden Ankündigung der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin steckt.

VON BERND WIENTJES

TRIER/MAINZ Es war ein Nebensatz, den Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) am Donnerstagabend nach der Ministerpräsidentenkonferenz sagte, der die anwesenden und zugeschalteten Journalisten aufhorchen ließ. Es sei wichtig gewesen, dass der Landtag am Dienstag in einer Sondersitzung die Landesregierung ermächtigt habe, weitere Maßnahmen aufgrund des Infektionsschutzgesetzes anzuordnen, „wenn das Infektionsgeschehen es erfordert“. Darunter falle unter anderem die Schließung von Clubs und Diskotheken. „Diese wird in Rheinland-Pfalz mit der nächsten Änderungsverordnung, die noch vor Weihnachten erfolgt, umgesetzt“, kündigte Dreyer an und sorgte damit zunächst für Ratlosigkeit. Wird die Verordnung, mit der die Schließung von Bars, Clubs und Diskotheken ermöglicht wird, noch vor Weihnachten umgesetzt oder wird die Schließung dieser Betriebe noch vor den Feiertagen angeordnet?

Offenbar ist beides geplant. In der nächsten Änderung der derzeitigen Corona-Verordnung, die noch vor Weihnachten erfolgen soll, sei geregelt, dass Rheinland-Pfalz die Beschlüsse der Bund-Länder-Runde von vergangener Woche konsequent umsetzen könne, teilte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums auf Anfrage unserer Redaktion am Freitag mit. „Grundsätzlich gilt, dass vor allem in Innenräumen das Virus überall dort übertragen wird, wo Menschen sich auf engem Raum begegnen. Die Lage bleibt ernst und weiterhin gilt es, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern“, begründete er die von Dreyer verkündete Schließung von Bars, Clubs und Diskotheken.

Warum Rheinland-Pfalz von den in der letzten Runde der Länderchefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gemachten Vereinbarung abweicht, ist aber unklar. Bund und Länder verständigten sich dar-

auf, dass in Regionen, in denen die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen über 350 liegt, Clubs und Diskotheken geschlossen werden können. Seit Tagen fällt die landesweite Inzidenz genauso wie die Zahl der Städte und Landkreise, in denen dieser Wert überschritten wird. Auch in der Region sind die Inzidenzen in den vergangenen Tagen zurückgegangen, den höchsten Wert weist Bernkastel-Kues mit 236 auf.

„Wir müssen weiter mit aller Kraft daran arbeiten, die Impfquote zu erhöhen.“

Malu Dreyer
Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz

Die Ankündigung von Dreyer kam auch für den Präsidenten des rheinland-pfälzischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Gereon Haumann, überraschend. Diese Entscheidung verstünde weder die betroffenen Gastronomen noch die Gäste, sagte Haumann unserer Redaktion. Sowohl die Inzidenz der Neuinfektionen als auch die der in den Krankenhäusern behandelten Covid-Patienten sinke.

Verärgert reagiert auch der Saarburger Club-Betreiber Patrick Wilbois. Damit fiele erneut, wie schon im vergangenen Jahr, das komplette Weihnachts- und Silvestergeschäft flach. Seit Oktober hat die Tenne, wie sein Club heißt, nach monatelangem Lockdown und zunächst beschränktem Betrieb wieder komplett geöffnet. Durch die ständigen Änderungen und Verschärfungen der Maßnahmen seien aber viele Gäste verunsichert. Lediglich die Stammgäste blieben der Tenne treu, sagt Wilbois. Um diesen trotz der strengeren Auflagen noch das Tanzen zu ermöglichen, hat der Clubbetreiber das sogenannte Übungstanz eingeleitet. Getanzt werden darf nur mit einem festen Partner auf einer abgegrenzten Fläche – und das mit Maske. Und auch das vermut-

lich an diesem Wochenende zum letzten Mal bevor dann vor Weihnachten der erneute Lockdown für die Clubs kommen wird.

Mit dem Landtagsbeschluss von vergangener Dienstag sind aber auch eine Komplettschließung der Gastronomie und der Verbot von Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit möglich. Das sei aber im Moment nicht geplant, sagte Dreyer am Donnerstagabend.

Die Triererin schloss aber gleichzeitig nicht aus, dass es doch noch zu schärferen Maßnahmen kommen könnte, vor allem im Hinblick auf die Corona-Variante Omikron. Es müsse nun beobachtet werden, ob diese auch vermehrt zu schweren Verläufen führe, sagte Dreyer. „Deswegen müssen wir sehr, sehr wachsam bleiben und neben dem Impfschutz weiter auch auf Maske, Hygiene und Abstand setzen.“ Das ist wohl auch der Grund, warum sie sich weiterhin weigert, zusätzliche Ausnahmen bei der Testpflicht für Geimpfte und Genesene etwa in der Gastronomie zuzulassen. Lediglich wer geboostert ist, muss sich nicht testen. Laut Dreyer sind 79 Prozent der Erwachsenen in Rheinland-Pfalz doppelt geimpft, über 20 Prozent seien schon mit einer Auffrischungsimpfung versorgt. „Wir müssen weiter mit aller Kraft daran arbeiten, die Impfquote zu erhöhen“, sagte sie.

In der kommenden Woche soll erstmals der neue Expertenrat im Kanzleramt zusammentreten. Abhängig von den Empfehlungen dieser beiden Runden soll es gegebenenfalls noch vor Weihnachten eine weitere Ministerpräsidentenkonferenz geben, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag an. Auch er wollte nicht kategorisch ausschließen, dass es doch noch zu weiteren Einschränkungen auch für Geimpfte kommen kann.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Anzeige

Wenn alle an ihren Impfschutz denken, ist an alle gedacht.

Jetzt #ÄrmelHoch und impfen lassen!
corona-schutzimpfung.de

Zusammen gegen Corona

Bundesministerium für Gesundheit

ROBERT KOCH INSTITUT

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung